

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Streifen sind Bezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. möglich. Zahlungsmittel, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 54.

Die achtspaltige Kompositorenzeile oben oben kostet 5,- M. einschließlich Färbungsgeld. Klein-Zustellungen: Das fertige Blatt 2,- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Färbungsgeld. Zusätze: Zusätze zum Text, Familien-Nachrichten und Stellen-Angebote 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Klein-Zustellungen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M. Bezugspreis: Berlin 2030, 2045, 4514, 4601, 4635, 4642, 4821

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Parteitag in Tours

Keine Besprechung der Frage der 3. Internationale

Es ist auffällig, daß vom Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Tours schon gestern nur die knappe und nichtssagende Meldung vorlag, die wir in unserer Morgenausgabe zum Abdruck brachten. Die französische Presse ist noch nicht eingegangen, so daß ein klares Bild von den Verhandlungen zurzeit noch nicht möglich ist. Dennoch besteht der Eindruck, als hätten die Bemühungen zur Erhaltung der Einheit der Parteien Früchte getragen. Darum ist auch die heute eingegangene, ebenfalls sehr knappe und etwas unklare Meldung, die auf ein Kompromiß in der Frage des Anschlusses an die dritte Internationale hinweist, nicht ungläubwürdig. Wir geben sie deshalb, wenn auch mit einem gewissen Vorbehalt, wieder.

H. Paris, 28. Dezember.

Der Sozialistenkongress in Tours nahm eine Entschließung an, die die Besprechungen über den Anschluß an die 3. Internationale verbietet, da die Basener im allgemeinen die von Moskau gestellten Bedingungen noch wenig begreifen. Ponguet und Blum erklärten sich für die Annahme der Entschließung, nur die Kommunisten wandten sich scharf dagegen.

Die Konzentration der englischen Gewerkschaften

M. London, 27. Dezember.

Die vier Fachverbände „National Union of General Workers“, „Workers Union“, „Municipal Employees Association“ und „Amalgamated Union of Labour“ planen, sich zu einer einzigen Gewerkschaft zusammenzuschließen, die mit 1 1/2 Millionen Mitglieder die größte Gewerkschaft der Welt sein würde. Der auf einer Londoner Konferenz aufgestellte Verschmelzungsplan unterliegt nunmehr der Beschlussfassung der Vorstände der einzelnen Verbände. Kommt die Bildung dieser Riesengewerkschaft zustande, so sind in ihr über 200 verschiedene Berufe vertreten. Auch im Schiffs- und Maschinenbau Englands machen sich diese Zusammenschlußbestrebungen stark geltend. Sie machen sich diese Zusammenschlußbestrebungen stark geltend. Sie machen sich diese Zusammenschlußbestrebungen stark geltend. Sie machen sich diese Zusammenschlußbestrebungen stark geltend.

Bei der Zusammenschließung der vier angeführten Organisationen handelt es sich um die Bildung einer gemeinsamen Organisation der Arbeiter in den Gemeindebetrieben. In der großen Gewerkschaft werden aber auch Gruppen vertreten sein, die bei uns im Fabrikarbeiterverband organisiert sind. Das Bestreben, die Zusammenfassung der zahlreichen kleinen Berufs- und Branchenverbände, die in England bestehen, zu fördern, ist gegenwärtig außerordentlich reger. Schon unlängst konnten wir auf praktische Folgen der Verschmelzungsbewegung in anderen Produktionszweigen hinweisen. Diese neue Meldung zeigt, daß die Beratungen über die Zentralisierung der englischen Gewerkschaftsbewegung, die ständig gepflegt werden, fortschreitend Früchte tragen. Die englischen Gewerkschaften werden dadurch zu wirklichen Trägern der Massenbewegung. Die Energie, mit der die Bildung von Rieserverbänden betrieben wird, zeigt, daß die englische Arbeiterklasse entschlossen ist, diese Kampflinie vorzubereiten und zu führen.

Die Entwaffnungsaktion

Beim Auswärtigen Amt ist eine neue Note der Entente eingetroffen, die sich gegen den militärischen Charakter der Sicherheitspolizei wendet und die Umwandlung des militärischen Charakters der Sicherheitspolizei in einen politisch-verwaltungstechnischen fordert. Die Umwandlung der Sicherheitspolizei wurde schon auf der Konferenz in Spa angefordert, scheint aber nach den Erfahrungen der Ueberwachungskommission noch nicht gründlich genug durchgeführt worden zu sein.

Die Botschafterkonferenz in Paris, die sich, wie wir heute morgen meldeten, mit der Antwortnote der deutschen Regierung vom 22. Dezember befahte, hat von ihren Entschlüssen noch nichts verlautbaren lassen. General Kalle soll bei der Beratung der Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß auf dem gütlichen Wege die Entwaffnung der Deutschen, namentlich der bayerischen Einwohnerwehren, nicht durchzuführen sein werde. Er bezeichnete die bayerischen Einwohnerwehren als eine gefährliche Nebenregierung, von deren Entschlüssen folglich keine Beweismittelungen im Deutschen Reich abhängen können. Das Ministerium Kahr führe die Regierung abhören können. Das Ministerium Kahr führe die Regierung abhören können. Das Ministerium Kahr führe die Regierung abhören können.

Nach diesen Ausführungen scheint es die deutsche Regierung, die die Orgel schlägt, direkt auf einen Konflikt mit der Entente angelegt zu haben. Möglicherweise werden die monarchistischen Kreise in Deutschland versuchen, gerade diesen Konflikt zum Anlaß zu nehmen, um sich in den Sattel zu schwingen.

Die Entschädigungsfrage

Weitere Verhandlungen in Brüssel

H. Haag, 28. Dezember.

Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in Paris meldet über die weiteren Verhandlungen bezüglich der Entschädigungsfrage: Ueber die Brüsseler Konferenz kann mitgeteilt werden, daß die französischen, belgischen und italienischen Delegierten sich untereinander verständigt haben. Deutschland wird bald ein Vorschlag gemacht werden. Der französische Vertreter Soudoux ist Vermittler. Im Augenblick kann man nicht weitergehen, da Staatssekretär Bergmann nicht genügend Befugnisse hat. Er muß erst mit seiner Regierung beraten. Man ist in französischen Kreisen der Meinung, daß man Deutschland schon sehr entgegengekommen ist, um so mehr, als im Lande, und namentlich im Parlament, die Opposition gegen eine deutsche Schadenersatzleistung in Naturalien zunimmt.

Verkleinerung des Reichstags

Berminderung der Zahl der Abgeordneten um 100

Der alte Reichstag zählte 397 Abgeordnete. Diese Zahl war folgendermaßen entstanden: 1871 zählte Deutschland 39,7 Millionen Einwohner, so daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfiel. Trotz der gemäßigten Bevölkerungszunahme wurde an der Zahl 397 festgehalten und es ergaben sich daraus besonders für die volkreichen Großstädte die größten Ungerechtigkeiten. Aber man ging von der Erwägung aus, daß ein Parlament mit fast 400 Mitgliedern gerade die Höchstgrenze erreicht hat, bei der die Arbeitsfähigkeit noch gesichert ist. Der jetzige Reichstag zählt 466 Abgeordnete trotz der Verkleinerung, die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles erfahren hat. Es entfällt jetzt auf etwa 60 000 Einwohner ein Abgeordneter.

Nach Mitteilungen der Presse ist ein neues Wahlgesetz in Vorbereitung, das eine Verkleinerung des Reichstages dadurch herbeiführen will, daß erst auf 75 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Der Reichstag würde dann nicht mehr 466, sondern nur noch 360 Abgeordnete zählen. Auch in Preußen sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Die Landesversammlung zählt jetzt rund 450 Mitglieder, während der künftige Landtag höchstens 350 Abgeordnete aufweisen soll.

Verfehlte Entrüstung

Die deutschnationalen Verleumder

Die demokratische Presse entrüstet sich über einen Artikel der „Kreuzzeitung“, in dem der Versuch unternommen wird, aus dem eben erst eingeleiteten Prozeß gegen den ehemaligen Finanzminister Erzberger einen Prozeß gegen die Demokratie zu machen. In dem Artikel der „Kreuzzeitung“ hieß es u. a.:

„Persönlich haben wir den Fall Erzberger nie genommen. Wir haben Herrn Erzberger immer als das genommen, als was er sich selbst in seiner letzten Rede in Weimar bezeichnete, als Vertreter der jungen deutschen Demokratie.“

Für die Redaktion der „Kreuzzeitung“ existiert natürlich in ihrer Verleumdungsjagd die Tatsache nicht, daß Erzberger kaiserlicher Staatssekretär gewesen ist, und erst später Beamter der Republik wurde. In dem Artikel heißt es dann weiter:

„Wir haben immer behauptet, daß dieser korrupten Demokratie die Geschäftspolizei, das Denunziantentum, die Unwahrscheinlichkeit und die Unanständigkeit eigen seien, die diesem „Vertreter“ gerichtlich attestiert worden sind. Darum eben bekämpfen wir diese Demokratie, weniger weil sie solche Leute hochbringt, sondern weil sich solche Leute mit Recht ihre Vertreter nennen können.“

Es ist durchaus richtig, wenn die „Berliner Volkszeitung“ dazu schreibt:

„Diese mit keinem parlamentarischen Ausdruck näher zu bezeichnende Frechheit ist das vielleicht stärkste Stück, das sich die Reaktion in den letzten Monaten geleistet hat. Wenn noch eine Spur von politischem Anstand in den paar ehrlichen Führern der Deutschnationalen Volkspartei sitzt, dann müssen sie umgehend von der Vertung eines Blattes abtrüben, das man bis gestern noch für das sauberste der Familie gehalten hatte.“

Aber wozu diese Entrüstung und der Appell an die „ehelichen deutschnationalen Führer“? Weiß die „Berliner Volkszeitung“ nicht, daß sich in dieser Gesellschaft, die doch nur von der Lüge und der Verleumdung der Republik und des Sozialismus lebt, die Männer wie Heffrich, Wulle, Kerschhoff usw. zu Führern hat, schon lange kein ehrlicher Politiker mehr aufhält?

Bombenanschlag in Lissabon. Wie aus Lissabon (Portugal) gemeldet wird, wurde ein Bombenattentat auf den Ministerpräsidenten und eine Anzahl politischer Persönlichkeiten verübt. Es wurde niemand verletzt.

Arbeitslosigkeit

in England

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, Mitte Dezember.

Das beherrschende Problem des englischen Wirtschaftslebens ist die Arbeitslosigkeit. Sie kam mit allen ihren Leiden und Schrecken zusammen mit den Entbehrungen eines kalten Winters. Die offizielle Statistik gibt die Zahl der in den Arbeitsnachweis-Bureaus registrierten Arbeitssuchenden mit 550 000 an. Aber es wird allgemein zugegeben, daß eine weitere halbe Million von beschäftigungslosen Arbeitern und Angestellten hinzugerechnet werden muß, die den staatlichen Arbeitsnachweis gar nicht anrufen. Also mehr als eine Million Erwerbsloser. Mit den Angehörigen sind das rund 4 Millionen Seelen, die seit Wochen, manche seit vielen Monaten, ohne Verdienst herumgehen. Sie bilden ein Zehntel der werktätigen Bevölkerung Großbritanniens. Darunter sind eine Viertelmillion demobilisierter Soldaten, die von der Regierung eine Unterstützung von 1 Pfund Sterl. pro Woche erhalten. Diese Zahlen geben noch keine erschöpfende Auskunft über den Umfang der Produktionsstörung im Lande. Dazu kommen mehrere Hunderttausende von Arbeitern, die drei und weniger Tage in der Woche arbeiten. Am schwersten betroffen ist die Textilindustrie. In Yorkshire arbeiten 100 000 Textilarbeiter bloß von 6-24 Stunden in der Woche. In Lancashire arbeiten etwa die Hälfte aller Fabriken halbe Zeit. In dem Industriebezirk Oldham sind 85 000 Textilarbeiter davon betroffen, in Rochdale über 40 000. Daneben sind Dutzende von Fabriken mit Zehntausenden von Arbeitern völlig stillgelegt. Ebenso schwer betroffen ist die mechanische Industrie. Mit den Angehörigen ist es eine weitere Million Menschen, die kaum eine Hälfte ihres auch sonst ungenügenden Lohnes heimbringen. Es bedarf nicht vieler Worte, um klar zu machen, welches Maß von Entbehrungen und Leiden in diesen Krisenzahlen zum Ausdruck kommt.

Die arbeitende Bevölkerung hat sie bisher mit relativer Geduld ertragen. Zu ersten Ruhestörungen ist es seit der Demonstration und den Zusammenstößen mit der Polizei am Tage der Parlamentseröffnung, am 18. Oktober, nicht gekommen. Aber der Unmut der Massen steigt zusehends. Er machte sich in den letzten Wochen am häufigsten Luft in mehreren Versuchen der Arbeitslosen, leere Häuser, insbesondere öffentliche Charakter, wie Bäder, Bibliotheken, Rathäuser, zu besetzen. Die so okkupierten Räume dienen gewöhnlich zur Einrichtung von Lebensmittel-Verteilungsstellen und der Bureaus der Arbeitslosenvereine. Aber es war auch schon ein Versuch, nicht leerstehende Lagerhäuser in Beschlag zu nehmen.

Die Regierung hat bisher auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung oder der Unterstützung der Erwerbslosen nichts wesentliches geleistet. Es wurde ein neues Versicherungs-gesetz angenommen, das Arbeitslosen eine Unterstützung von 15 Schilling in der Woche durch höchstens 15 Wochen im Jahre gewährt. Die Versicherung beruht auf einer regelmäßigen Beitragsleistung. Die Regierung selbst trägt nur 14 Prozent bei, die restlichen 86 Prozent werden zu einem Drittel von den Arbeitern und zu zwei Dritteln von den Unternehmern aufgebracht. Das Gesetz umfaßt etwa 12 1/2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen und bedeutet somit eine dreifache Ausdehnung der Arbeitslosen-Versicherung aus der Vorkriegszeit. Natürlich ist aber eine Unterstützung von 15 Schilling in der Woche bei der heutigen Teuerung gänzlich ungenügend. Mit den kleinen Zuschüssen für die Angehörigen kommt sie durchschnittlich auf 1 Pfund Sterl. pro Woche, während das Existenzminimum für eine Arbeiterfamilie mit 4 Pfund Sterl. zu veranschlagen ist. Dazu kommt, daß mit Ausnahme der beschäftigungslosen demobilisierten Soldaten die 750 000 Arbeitslosen vorderhand keinerlei Zuschüsse seitens des Staates erhalten. Denn das Gesetz wurde zu spät angenommen, um ihnen zugute zu kommen. Man muß wenigstens 4 Wochen Beiträge geleistet haben, bzw. in Arbeit sein, um auf eine achtmöndentliche Unterstützung Anspruch zu haben. Es entstand somit die unmögliche Situation, daß das Gesetz gerade für die Hunderttausende wirkungslos ist, die der Unterstützung am dringendsten bedürfen.

Die Arbeiterpartei hat im Parlament ein Gesetz zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit eingebracht, das aber angesichts des Widerstandes der Regierung keine Aussicht auf Annahme hat. Die Exekutive der Partei verlangte darum eine Reihe von Resolutionen, die die Partei in der Regierung. In ihrem Beschluß verweist die Partei auf die wachsende Not und die Unfähigkeit der Behörden, Arbeit zu verschaffen, und erklärt, daß der gegenwärtige Stand, daß unglückliche Menschen Hungers sterben, nicht weiter fortbauern darf. Die Partei fordert zunächst, daß jeder Arbeiter, der durch den staatlichen Arbeitsnachweis keinen Erwerb finden kann, unterstützungsberechtigt ist und daß, ferner, der Unterstützungsbetrag auf 40 Schilling in der Woche für einen Mann und 25 Schilling für eine Frau, samt Zuschüssen für die Angehörigen, erhöht wird.

Die Regierung weiß nur zu gut, welche Gefahren die steigende Arbeitslosigkeit birgt. Sie wehrt sich darum sehr energisch dagegen, wie z. B. Lord George in seiner Antwort an den Londoner Grasshaffrat, daß man sie für die wachsende Not verantwortlich macht. Um die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, operiert die Regierung mit vielstimmigen Zahlen. Sie verweist darauf, daß seit dem Waffenstillstand 57 Millionen Pfund Erwerbslosenunterstützung verausgabt wurden, 5 Millionen Pfund für die industrielle Unternehmung von verwundeten Soldaten, 7 1/2 Millionen Pfund Sterk für Anstellung auf dem Lande, und daß weitere 100 Millionen Pfund für diese Zwecke bewilligt sind. Aber wie aus diesen Angaben ersichtlich, handelt es sich nur um demobilisierte Soldaten und Erwerbslose nach dem Waffenstillstand infolge der Reduktion der Kriegsindustrien. Die Tatsache bleibt unberührt, daß die Regierung der neuen Welle der Arbeitslosigkeit hilflos und talentlos gegenübersteht. Ihr einziger greifbarer Vorschlag ist die Veranlassung von öffentlichen Arbeiten in größerem Maße. Sie hat den Grasshaffräten eine Subvention von 50 Prozent für Wegebauten versprochen, aber normalerweise sind bei diesen Notstandsarbeiten nur 5000 Menschen beschäftigt, es wird immer deutlicher, daß es praktisch undurchführbar ist, beschäftigungslose Textil- und Maschinenarbeiter oder Bureaubeamte in größerer Zahl bei Straßenbauten zu verwenden. Neben den Qualifikationschwierigkeiten ist auch das Wohnungsproblem in den Gegenden, wo die Wege angelegt werden sollen, in der Regel nicht zu lösen. Der zweite Ausweg der Regierung ist ihr Entschluß, 50 000 gewesene Soldaten im Bauwesen unterzubringen. Die Bauarbeitergewerkschaft wehrt sich indes gegen diese „Ueberschwemmung“ der Bauindustrie mit unqualifizierten Arbeitern, so lange die Regierung den Bauarbeitern keine Garantien gegen spätere Arbeitslosigkeit bietet. Tatsache ist, daß schon jetzt Tausende von Bauarbeitern arbeitslos sind, weil die Materialunternehmung die Errichtung von Bauwerken dauernd lähmt. Die Gewerkschaft hat es abgelehnt, am 20. Dezember zu einer Konferenz mit dem Arbeitsminister zu erscheinen und die ultimativen Vorschläge der Regierung entgegenzunehmen, so lange diese Garantien fehlen. Die Regierung senkt anscheinend ein.

Die Regierung zeigt nur Energie in ihrem Widerstand gegen alle Vorschläge und Forderungen der Arbeiterschaft und der kommunalen Selbstverwaltungskörper, die von der Not der Arbeitslosen zunächst betroffen werden. Sie lehnt alles mit dem Hinweis auf den Geldmangel ab, während zu gleicher Zeit der Kriegsminister Churchill einen Ergänzungsetat von 40 Millionen Pfund und Marine- und Luftdienst weitere 10 Millionen, nahezu ohne Widerstand, bewilligt erhalten. Mit diesem Betrage allein konnte eine Million Arbeitsloser ein halbes Jahr hindurch erhalten werden.

Die Regierung verfolgt aber mit ihrer Untätigkeit einen sehr durchsichtigen Plan. Sie handelt in voller Uebereinstimmung mit den Industrieherrn. Wie immer kämpfen zwei Seelen in der Brust der englischen Bourgeoisie. Es gibt eine Strömung in den Unternehmertreibern, die zur Vorsicht und Nachgiebigkeit mahnt in vollem Bewußtsein der revolutionären Stimmungen, die die Not von 5 Millionen Menschen erzeugen muß. Aber vorherrschend ist die Taktik der Scharfmacher. Ein adliger Ausschüßrat hat unlängst in aller Öffentlichkeit ausgesprochen, daß die steigende Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft in ihren Lohnforderungen gefährlich machen wird. Es ist klar, daß den Kapitalisten diese millionenföhlige industrielle Reservearmee gar willkommen ist als Mittel, um die Lohnforderungen ein für allemal zum Stillstand zu bringen und womöglich die Lebenshaltung der Arbeitermassen herabzudrücken. Schon mußten die Mechaniker, sowie Arbeiter in anderen Produktionszweigen ihre durch die Teuerung durchaus gerechtfertigten Lohnforderungen für 6 Monate zurückstellen, und in der Schiffbauindustrie ist schon seit Wochen ein Streik der Holzarbeiter im Gange, weil die Unternehmer den Versuch machten, einen Lohnabzug von 12 Schilling pro Woche durchzudrücken.

Die Arbeitslosigkeit ist natürlich nur ein Symptom der großen industriellen und Handelskrise, die England seit Monaten durchmacht. Die Abkühlung auf dem inneren Markt ist ebenso vollständig wie der Stillstand der Ausfuhr. Die Bevölkerung ist infolge der Teuerung nicht kaufkräftig genug,

und der Export ist lahmgelegt durch den Zusammenbruch des europäischen Kontinents. Aber die bestehende Koalition zeigt keine Neigung, die kasspielige Außenpolitik der Cursons und Churchills zu ändern. Das Sparmaßregelgesetz, das durch den orthodoxen Blätterwahn schallt, bedeutet in der Praxis, daß die Regierungsparteien im Punkte mit den Lords die Kredite für Bewehrung und Unterricht beschneiden, jede Hilfe an Arbeitslose verweigern, lauter denn je nach Reduktion ihrer Einkommensteuern rufen und im übrigen ein neues Flottenprogramm vorbereiten, das Hunderte von Millionen Pfund verschlingen muß.

Ist es der Dünkel der Uebermächtsicherheit oder Hochmut vor dem Fall?

Wo bleiben deine Steuern?

Nan an die Futterkrippe!

Die Finanzen Deutschlands befinden sich in einem chaotischen Zustand, der noch dadurch verschlimmert wird, daß für überflüssige Zwecke Millionen und Milliarden zum Fenster hinausgeworfen werden, ohne daß an die Deckung der Ausgaben gedacht wird. Voran marschieren die Reichswehr, die jährlich fünf Milliarden verschlingt, wobei auf die eigentlichen Unterhaltungslohn durchschnitlich 2 Milliarden entfallen, während die Verwaltungslohn 3 Milliarden verschlingen. Jetzt wird den deutschen Steuerzahlern eine neue Rechnung präsentiert. Aus parlamentarischen Kreisen wird berichtet:

Das Reichsverordnungsblatt vom 22. Mai regelt die Versorgung der Teilnehmer am letzten Kriege, ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen. Darüber hinaus ist es jedoch notwendig, für die Unteroffiziere und Mannschaften der neuen Wehrmacht, die eine längere Dienstzeit abgeleistet haben, eine weitere Versorgung einzutreten zu lassen. Diesen Zweck soll ein Gesetzentwurf dienen, dessen Grundzüge an das Reichsverordnungsblatt sich eng anlehnen, indem Einzelheiten aber von ihm nicht abzuweichen. Die Unteroffiziere und Mannschaften der neuen Wehrmacht gehen dagegen freiwillig eine langjährige Dienstverpflichtung ein und werden somit ihrem früheren Verufe im Laufe der Zeit mehr oder weniger entzogen. In jedem Falle wird der Uebergang in das bürgerliche Erwerbsleben mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verknüpft sein. Es muß daher dafür Sorge getragen werden, daß der Nachteil, der ihnen hierdurch entsteht, ausgeglichen und ihnen gleichzeitig für die abgeleitete Dienstzeit, in der sie nennenswerte Ersparnisse zu machen nicht in der Lage gewesen sind, eine angemessene Entschädigung zugesprochen wird. Unbedingt notwendig erscheint es mithin, die Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Ablauf ihrer 12-jährigen Dienstverpflichtung, aber nach einer Dienstzeit von mindestens 4 Jahren entlassen werden müssen, den Uebergang in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern. Diesem Zwecke sollen dienen: eine entsprechende Vorbildung während der Dienstzeit, die Erteilung des Zivildienstweises, die Gewährung von laufenden Uebergangsgeldern, einer Zulage hierzu, eines Zuschusses auf die Gebühren, einer Reichsbürgerschaft zur Erleichterung der ländlichen Ansiedlung, von Rändern und Teuerungszuschlägen, einer einmaligen Uebergangshilfe und Amalgamierung. Für die Versorgung auf Grund von Dienstbeschädigungen sollen die Vorschriften des Reichsverordnungsblattes Anwendung finden, bei erwerbsbeeinträchtigenden Beschädigungen anderer Art soll gleichfalls die Härte eingetreten.

Die zur Beratung stehende Wehrmacht-Verordnung erstreckt sich auch auf die Offiziere, die nicht ohne weiteres dem Pensionsgesetz von 1906 unterworfen werden können, weil in der neuen Wehrmacht auf die Jungabteilung des Offizierskorps besonderes Gewicht gelegt werden muß, und daher die große Mehrzahl der Offiziere nach hartem Kräfteverbrauch vorzeitig aus dem Dienst auscheiden, die Höchstpension also nicht erreichen wird. Ihren Bestrebungen zum Uebergang in einen anderen Beruf muß daher eine besondere Hilfe zuteil werden. Eine lebenslängliche Pension soll sowohl den Offizieren, die nach Ablauf ihrer gesamten Dienstzeit (29 Jahre) ausscheiden, als auch den nach mindestens 10 Dienstjahren entlassenen Offizieren gewährt werden. Offiziere mit kürzerer, aber mindestens vierjähriger Dienstzeit, die dienstunfähig geworden sind, haben Anspruch auf laufende Uebergangsgeldern in Höhe von 1/3 ihres Gehalts; bei Dienstbeschädigung kommt außerdem das Reichsverordnungsblatt in Anwendung. Pensionsberechtigten Offizieren kann unter Umständen eine Kapitalabfindung bewilligt werden, für die als Höchstgrenze 6000 Mark gelten. Den verordnungsberechtigten Offizieren bis zu Dienstraden mit dem Einlösen eines Offiziers kann in dem gleichen Rahmen wie Unteroffizieren und Mannschaften ein Zivildienstweiser er-

teilt werden. Während einer Hofanstellung ruht der Pensionanspruch, soweit das Einkommen aus dem Dienstverhältnis unter Dinaurteilung der Pension den Betrag des der Versorgung zugrunde gelegten Dienstverhältnisses übersteigt.

Der Kampf, den leiserzeit Lütmich gegen die Republik führte, war in erster Linie ein Kampf um die Futterkrippe. Er ist darüber gesiegt. Seine Nachfolger haben es jetzt meisterhaft verstanden, ihre Sonderwünsche durchzudrücken. Für die Tuberkulosen, für die dahinstrebenden Proletariatskinder hat der Staat kein Geld übrig. Da muß der Beileid geschwunden werden. Die gesunden Offiziere, die noch arbeiten können, erhalten nach zehnjähriger Dienstzeit eine lebenslängliche Pension. Und was kostet der Spaß? Im ersten Jahre 120 Millionen, im zweiten 206 Millionen, im dritten 289 Millionen, dann jährlich steigend um 2,7 Millionen, so daß wir nach zehn Jahren etwa 400 Millionen Mark jährlich für Offizierspensionen ausgeben müssen. (Der Anteil der Mannschaften an dieser Summe ist, wie das bei dem preussischen Kommissar Köllig, sehr gering.)

„Nur Arbeit und Ordnung kann uns retten!“ rufen die militärischen Befehlshaber in ihren Erlassen aus, wenn es gilt, einen Streik halbverhungertes Proletariats niederzuschlagen. Der fünf Milliarden Etat der Reichswehr und das famose Versorgungsgesetz für Heeresangehörige klingen aus in der Tendenz: Bereitet Euch auf Kosten des Staates, sorgt für eine gute Futterkrippe, die anderen werden schon zahlen!“

Der amnestierte Kessel

Der unerhörte Beschluß des Gerichts, das Strafverfahren gegen Kessel einzustellen, und die gewaltige Aufregung, die diese Tatsache in der Presse und der Öffentlichkeit gefunden hat, hat die Staatsanwaltschaft veranlaßt, gegen den Einstellungsbeschluß Beschwerde beim Kammergericht einzulegen. Darob ist der indigene Anwalt des Meinedshelden Kessel, Herr Rechtsanwalt Dr. Alsbach, sehr ungehalten. Er verfaßt an die Presse eine Erklärung, die behauptet, daß der Oberstaatsanwalt gegen die Entscheidung der Strafkammer keine Beschwerde eingelegt hat, und erst auf den Alarmruf der „Freiheit“ durch eine Sitzung des Staatsministeriums veranlaßt worden sei, Beschwerde einzulegen.

Von zuständiger preussischer Seite wird dazu in der Presse mitgeteilt, daß der Oberstaatsanwalt noch vor der Sitzung des Staatsministeriums am Donnerstag seine Beschwerde gegen den Beschluß der Strafkammer eingereicht habe. Welche Behauptung richtig ist, scheint uns von untergeordneter Bedeutung zu sein. Tatsache bleibt jedenfalls, daß der Einstellungsbeschluß ein unerhörtes Justizverbrechen ist und die Schande der deutschen Justiz um einen neuen Fall bereichert hat.

Ist es dem Oberstaatsanwalt jetzt aber erst mit seiner Beschwerde, und ist es ihm nicht nur um eine scharfe Weste zu tun, die der Öffentlichkeit vorzuführen soll, daß etwas geschieht, während nun in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, Herrn Kessel den Prozeß zu machen, und dadurch seine hohen Gönner bloßzustellen, so muß der Oberstaatsanwalt sofort die Inhaftnahme Kessels verfügen. Denn es unterliegt doch wohl für keinen Menschen einem Zweifel, daß Kessel unrettbar sein wird, wenn das Kammergericht die Einstellung des Verfahrens gegen ihn aufheben sollte. Unser Vertrauen zu den Justizbehörden ist aber so gering, daß wir davon überzeugt sind, daß ihnen auch in diesem Fall genau so, wie in den Fällen Vogel, Virndorfer und Kofenhardt, ein „merkwürdiger Zufall“ zu Hilfe kommen wird.

Generalkonkurrenz im Braunkohlenbergbau. Die Verände der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Bergleute Mitteldeutschlands, welche unlängst neue Lohnforderungen einreichten, beschloßen auf ihrer Tagung in Halle, bis 15. Januar ein Ultimatum zu stellen, andernfalls der Generalkonkurrenz verfallen zu sein.

Es bleibt. Der mecklenburgische Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit, Abgeordneter v. Graefe denke nicht daran, aus Anlaß des jüngsten Zwischenfalls im Reichstage sein Mandat niederzulegen. Die schändlichen Nebenarten dieses Unfalls, von dem ein Teil seiner Parteifreunde behauptet, daß er jüdisches Blut in seinen Adern habe, bleiben also dem Reichsparlament erhalten.

Frische Schauspiele

Oscar Wilde: Salome — Theater i. d. Königgräzer Straße.

Bernard Shaw: Caesar und Cleopatra — Deutsches Theater.

In der Woche vor Weihnachten haben uns zwei Berliner Theater in das Weltalter Christi geföhrt. Die Dichter beider Werke sind Iren, die der englischen Literatur neuen Ruhm geschenkt haben, obwohl der eine, Wilde, an der Moral und Justiz der englischen Bourgeoisie zugrundeliegt; der andere, Genosse Shaw, ihr schärfer und heftiger Kritiker ist.

Wilde und Shaw waren Zeitgenossen. Aber Wilde gehört einer heutzutage schon überwundenen Kultur und Kunstzeit an, Shaw ist Gegenwartsdenker mit allen Anzeichen, daß er es noch lange bleiben wird. Wilde war Demokrat, aber kein Sozialist. In einem seiner Gedichte erklärt er offen, nicht die zu lieben, „die aus Straßenschänken — Profaner Hand die rote Fahne pflanzen“, denn, erklärt er, „Ihr Reich, erbaut auf lösenden Parolen, — kennt keine Kunst, Kultur und Größe, nein!“ — Shaw ist der entgegengesetzten Ansicht. Er steht zu denen, die auf Straßenschänken die rote Fahne pflanzen, und er ist als kritischer Geist und Künstler der schärfste Zergliederer der bürgerlichen Kultur und ein Prophet der kommenden.

Wilde hat, wie einen Tausendjährigen, unzählige Aphorismen in seine Werke ergossen. Aber seine Worte sind fast, sie blenden, doch sie helfen nicht. Wilde ist Künstler, Kesthet, Kambeter und Schöpfer neuer Formen und Überzeugt, daß es keine andere Wahrheit gibt, als die der Form, des Scheins, der Kunst. Nichts begeistern für ihn als ein einziges seiner Dialoge — „Das Leben, eine Nachahmung der Kunst“. Ein anderer beklagt den Verfall des Lebens. Ein dritter tritt für die Wahrheit der Masken und der Illusionen ein.

Um Shaw zu charakterisieren, braucht man nur Wort für Wort das Gegenteil zu schreiben. Ihm steht das Leben über der Kunst. Die Kunst dient der Enttarnung gesellschaftlicher Lügen. Die Masken sind eine Illusion, alle Romantik, überlieferte Geschichte und Mystik sind Illusionen, deren Zerstörung Bernard Shaws Lebenswerk dient.

So viel näher uns danach Shaw als Mensch und Künstler steht, so kann uns doch dies nicht veranlassen, Wilde als Dichter zu unterschätzen. Die „Salome“ ist (vor seiner „Zuchthausballade“, aus der bereits ein ganz anderer Mensch spricht) eine dramatische Dichtung von noch immer nicht erschöpfener Deutlichkeit. Das Werk ist bald 30 Jahre alt. Wie viele Dramen der letzten 30 Jahre machen noch einen so starken Eindruck auf uns.

Das Hauptmotiv von Salome, die perverse Begierde der Königs- tochter nach den Lippen Johannes des Täufers, hat sich allerdings

abgestumpft. Wir müssen vielmehr erst aus unserer Zeit des gesellschaftlichen und daher auch sexuellen Niedergangs herauskommen, ehe uns diese stärkste Dichtung des modernen pervertierten Geistes in dieser Beziehung wieder etwas sagen kann. Aber mit diesem Motiv allein ist der Wert des Werkes nicht erschöpft. Zunächst ist seine künstlerische Form noch immer so rein und rund wie am ersten Tag. Und als Gedicht hat es noch so starke und glühende Farben wie ein Stück unvergängliches Kunstgewerbe. In bewundernswürdiger Kürze steht eine Galerie der eigenartigsten Figuren da: der König, der voll Furcht vor dem Propheten, ein Stück Tier und ein übermächtiger Mensch zwischen seiner Begierde und seiner Machtgröße hin- und herhinkt. Der Prophet, der aus der Verleugung emporsiegt, ist wirklich eine biblische Figur. Wilt Ihr, wie schwer das zu treffen ist? Die Prinzessin Salome ist Wildes Erfindung. Nirgends verlangt die Salome den Kopf des Johannes, weil sie keinen Mund küssen will, was der Lebende nicht zuläßt; überall (in allen Evangelienberichten) handelt es sich um das Werkzeug ihrer Mutter, die den Johannes töten lassen will, weil er sie in seinen politischen Agitationen als Hure bezeichnet. An Stelle des gesellschaftlichen Motivs bringt Wilde ein sexuelles. Bezeichnend für ihn und seine Gesellschaftsklasse! Wie historisches Drama kann die „Salome“ also noch einmal geschrieben werden.

Anders, aber nicht geistreicher, „Caesar und Cleopatra“. Das historische Schauspiel ist bei Shaw für die Zuhörer zur historischen Komödie geworden. Warum? Weil Shaw seine Art, menschliche Geschichte zu sehen, in einen Stoff trägt, der sonst für uns mit dem ganzen Nimbus einer pathetischen Geschichtsdarstellung verbunden ist. Es ist für uns, die wir noch nicht selbst wie Shaw geworden sind, sozusagen komisch, einen solchen Caesar, eine solche Cleopatra zu sehen. Aber in Wahrheit ist die Darstellung, die Shaw gibt, an sich nicht komisch. Sie ist für ihn wahr und daher ernst.

Bernard Shaw gehört in allen seinen Werken, am stärksten in dieser seiner bedeutendsten Dichtung, zu den großen Enttarnern und Wahr-Sagern unserer Zeit. Die naturwissenschaftliche Forschung hat die Wunder der dieser Erde verdrängt und sie zum Klugheit bis vor die Himmelstore gezwungen. Die historische und ökonomische Forschung hat das Geiste mit dem gesellschaftlichen Wunder verdrängt. Marx hat das Misterium des ökonomischen Prozesses und den Fetischcharakter der Ware enthüllt. Die materialistische Geschichtsauffassung hat die ganze Geschichte, Vergangenheit und Gegenwart, um den kalten Zauber ihrer Ideologien gebracht. Das Religiöse und das Idealistische hat sie nicht getötet und nicht töten wollen. Aber sie hat uns gelehrt, die Dinge wesentlich zu sehen und stets die wahren Interessen zu finden, die sich hinter ideologischen Phrasen verbergen.

Ein Enthüller auf ähnlichem Wege, ein Fortsetzer der großen naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Enthüller ist Bernard Shaw. Schon aus diesem Grunde zählt er heute zu unseren Besten.

Sein Drama behandelt die Geschichte des Aufenthaltes Cäsars in Ägypten. Shaw hätte sich kein besseres Kapitel aus der Geschichte auswählen können. Denn erstens ist Cäsars Person ein glänzendes Modell zur Darstellung eines großen Mannes, der alles ohne historische Phrasen tut. Zweitens diente Cäsars Aufenthalt in Ägypten — selbst wenn man nicht mit Shaws Augen sieht — nicht allein historischen Aufgaben. In Ägypten verfaßt er der Königs-tochter Cleopatra auf den Thron, den ihr die Partei ihres Bruders streitig machte. Kurz nach der Abreise Cäsars bekam sie ein Kind von ihm. Daraus ein Spottgedicht zu machen, ist nicht mehr schwer.

Shaw macht allerdings viel mehr als ein Spottgedicht. Er Wilt die drei politischen Parteien gegeneinander aufleben und zeigt dabei das Argumentische, das man, je nach Veranlassung, als das Kleine oder als das wahre Große bezeichnen kann. Cäsar neigt etwas zu Romantik und zu Phrasen, wie sie nicht in ein Drama als in das Leben Cäsars gehören. Aber er überwindet sie in allen entscheidenden Situationen durch sein Genie, das voll Sachlichkeit und List, aber auch voll Größe und Güte ist. In ihm ist eben beides. Das dichterische Romantische und das klare, nüchternen Reich des Handelns und der Tat.

Wie steht es um die Staatsgeschäfte, Kriegspläne, taktischen Entscheidungen? Sie werden zwischen den Potaten, zwischen Scherzen und Schläfen erledigt, ohne historischen Nimbus. Cäsar handelt immer praktisch und menschlich. Das ist für ihn der wahre Idealismus. Was sonst zum Wilde eines Cäsars gehört, ist Soluspotus, auf den er verzichtet. Er ist eitel, neugierig, kauft den Frauen nach. Er spielt mit Cleopatra wie mit einem Käse. Er lehrt sie die Königsmanieren des Hinrichtens, denn er weiß, daß ein Vorkiss wie Cleopatra ohne dem nicht auskommt. Er selbst hat es nicht nötig. Der Kampf um den Thron ist der Kampf von Parteien, politischen Gerngrößen. Die Königs-kinder selbst sind vorgeschobene Figuren, mit denen Cäsar wie ein guter Diktator spielt. In dem Spiel verliert er sich nicht wie einige Jahre später sein Nebenbuhler Antonius an dieselbe Cleopatra. Denn er hat nur eine Liebe: kein Meer, kein Vaterland.

Die Aufführung der Salome hatte den dekorativen Glanz, der heutzutage zu laufen ist. Der schauspielerische Stil war dafür unerträglich. Hariusus König war eine naturalistische Meisterleistung; sie stand für sich da durch ihre Kraft. Aus dem Stil des Wertes holte sie allerdings heraus. Eine musikalische Gliederung der Dichtung, die hier so wichtig ist, hatte die Regie gar nicht versucht. In der Mitte der Aufführung stand die Droste,

Lebenshaltung und Löhne

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Februar 1920 bildet einen Markstein in der deutschen Reichstatistik. In diesem Monat wurden zum ersten Male — nach einem nicht ganz gelungenen Versuch im November/Dezember 1919 — Teuerungszahlen gewonnen. In diesem Monat wurde auch die erste allgemeine Lohnerhebung durchgeführt. Die Teuerungszahlen wurden Ende August veröffentlicht. Die Löhne sind erst für einige wenige Gewerbe bekanntgegeben. Immerhin liegt schon genügend Zahlenstoff vor, um sich ein ungefähres Bild von dem Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 machen zu können. Für den Durchschnitt aller deutschen Städte über 10.000 Einwohner betrug damals die Teuerungszahl 621. Das bedeutet: der vom Statistischen Reichsamt angenommene Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtmitteln und Wohnraum kostete 621 M. Für Groß-Berlin betrug die Teuerungszahl 659, d. h. 16% M. pro Woche. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß sich nach meinen Berechnungen die Kosten des wöchentlichen Existenzminimums für die gleichen Bedürfnisse einer vierköpfigen Familie auf 121 M. stellen. Das Weniger gegenüber der Reichszahl erklärt sich dadurch, daß ich nur mit einer vierköpfigen Familie rechne und eine noch anspruchslosere Ernährung zugrunde lege. Unter Einbeziehung aller in der Reichstatistik nicht berücksichtigten lebensnotwendigen Ausgaben (Bekleidung, Wäschereinigung, Hausrat, Fahrgeiß, Steuern usw.) kam ich für den Februar zu einem Existenzminimum von insgesamt 254 M. Demgegenüber ergab die Reichstatistik als durchschnittlichen Wochenverdienst des erwachsenen männlichen Arbeiters in Groß-Berlin:

Baugewerbe	175 M.
Glas- und keramische Industrie	171 M.
Industrie der Erde und Felle	160 M.
Leberindustrie	190 M.

Setzt man den Gesamtdurchschnitt für alle erwachsenen männlichen Arbeiter in Groß-Berlin auf 170 M. an, so wäre er um etwa ein Drittel geringer gewesen als die damaligen Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie (254 M.). Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß dasselbe Existenzminimum im letzten Kriegsjahr mit knapp 20 M. um reichlich ein Sechstel geringer war als der damalige Durchschnittsverdienst von rund 35 M.

Es wirft sich nun die Frage auf, ob das Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 besonders ungünstig war. Diese Frage ist bei dem Mangel an zuverlässigem Material schwer zu beantworten. Im August 1919 habe ich den Durchschnittsverdienst der männlichen erwachsenen Arbeiter in Groß-Berlin auf 100 M. geschätzt. Das wöchentliche Existenzminimum mag damals etwa 130 M. betragen haben. Der Verdienst wäre also um annähernd ein Viertel geringer gewesen als die Kosten des Existenzminimums. Im Frühjahr 1920 aber war das Verhältnis noch ungünstiger als im Februar 1920, denn die Kosten des Existenzminimums stiegen auf 322 M. im März und auf 175 M. im April, ohne daß die Löhne entsprechend erhöht wurden. In der Folgezeit trat dann wieder eine Erleichterung ein, da die Lebenshaltung etwas billiger wurde, während die Löhne weiter stiegen. Für den November 1920 schätze ich den durchschnittlichen Wochenverdienst auf 240 M.; die Kosten des Existenzminimums betragen 318 M. Der Verdienst war also, ähnlich wie im August 1919, um etwa ein Viertel geringer als die Kosten des Existenzminimums.

	Wöchentliches Existenzminimum	Wöchentliches Existenzminimum	Wochenverdienst	Wochenverdienst
	1919/20	1919/20	1919/20	1919/20
August 1918/Juli 1919	59	1	etwa 85	1
August 1919	etwa 130	4 1/2	100	3
Februar 1920	254	9	170	5
November 1920	318	11	240	7

Darf man daraus schließen, die Lage der Groß-Berliner Arbeiterschaft sei heute die gleiche wie im August 1919 und besser als im Februar 1920? Das wäre nicht richtig. Im August 1919 hatten sehr viele und im Februar 1920 immerhin noch recht zahlreiche Arbeiterfamilien hinreichend Kleidung, Schuhwerk und Wäsche, um zur Not ohne die Neuanschaffungen, die an sich erforderlich waren und die in den Berechnungen des Existenzminimums selbstverständlich einbezogen sind, auskommen zu können. Heute ist das

aber nur noch vereinzelt der Fall. Heute müssen die meisten Arbeiterfamilien Neuanschaffungen vornehmen, wenn sie nicht elend verkommen wollen, und deshalb ist heute ein Leben mit einem Verdienst, der erheblich hinter den Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, viel qualvoller als vor einem Jahre.

Vorschuh-Wirtschaft

Gnadengeschenke für die Beamten

Die Kassführung der Beamten wird fortgesetzt. Schon der Befehl der Reichsregierung, die Januargehälter an die Reichsbeamten bereits am 15. Dezember auszuzahlen, barg in sich die Gefahr einer verderblichen Vorkaufwirtschaft und bedeutete außerdem eine Täuschung der Beamten über ihr wirkliches Einkommen. Es wurde deshalb von den Beamten nicht gerade begrüßt. Was die Beamten fordern, ist nicht eine auf Umwegen erlangte momentane Verbesserung ihrer Lage, sondern eine durchgreifende, der Lebensmittelerzeugung entsprechende Reform der Befoldung. Nun soll sogar bei der Reichsregierung die Absicht bestehen, die frühere Kasseführung der Gehälter auch für die folgenden Monate anzuordnen, so daß im Jahre 1921 die Gehälter statt für 12 für 18 Monate gezahlt werden würden. Und man scheint sich von einer derartigen Verschlebung der Gehaltsauszahlung, die im Rahmen einer ordentlichen Einföhrung überhaupt nicht möglich sein sollte und die den Etat des Staates sowohl wie die Hauswirtschaft der Beamten gleichermäÙen in Unordnung bringen dürfte, sogar eine Beruhigung der Beamtenenschaft zu versprechen. In einer Pressenote, die diese seltsame „Regelung“ mitteilt, heißt es wörtlich: „In dieser Form soll, da eine Erhöhung der allgemeinen Teuerungszulage von der Reichsregierung nicht bewilligt worden ist, den Forderungen der Beamtenenschaft, die in den letzten Tagen wieder mit hartem Nachdruck erhoben worden sind, Rechnung getragen werden.“ Die Beamten werden sich bedanken müssen. Sie werden es nicht zulassen dürfen, daß man auf solche Art in der Offenlichkeit den Eindruck zu erwecken sucht, ihren gerechten Ansprüchen sei Genüge geschehen. Es wird sogar mitgeteilt, daß zurzeit über dieses Experiment Erwägungen schweben, die noch nicht abgeschlossen sind.

Wer stellt diese Erhöhungen an? Hat man mit den Beamtenorganisationen darüber beraten oder ignoriert man sie wieder einmal? Gibt man sich etwa der Hoffnung hin, daß eine größere Anzahl von Beamten sich auf solche Art und durch ein solches Gnadengeschenk für die Regierung gewinnen lasse und der Parole und Führung ihrer Organisation die Treue ausfragen werde? Dann läme zu der Dummheit, die aus dem Verlus einer solchen Regelung der Dinge spricht, noch eine Unehrlichkeit des Handelns seitens der Regierung, die die schärfste Kritik und den lebhaftesten Widerstand der Beamtenenschaft herausfordern muß.

Arbeitsgerichte

Das Reichsarbeitsministerium wird, wie schon kurz berichtet, demnächst den gesetzlichen Körperkassen einen Gesetzentwurf über Arbeitsgerichte vorlegen. Diese sollen eingeleitet werden für die Angelegenheiten der Entlassungen und das Entlassungsverfahren bei Arbeitnehmern. Die Gerichte haben Entscheidungen zu treffen über die Rechtmäßigkeit der Entlassungsgründe, Innehaltung der tariflichen Abmachungen, Ausstellung von Zeugnissen, namentlich auf Innehaltung der Pflicht des Arbeitgebers zur Ausstellung eines Zeugnisses, ferner über die Innehaltung der Vorschriften über die Versicherungen und diese ähnliche Fragen des Arbeitsverhältnisses. Die Gerichte werden ausgedehnt auf Arbeiter und Angestellte im weitesten Sinne, beispielsweise auch auf solche Gruppen wie die Angestellten der Rechtsanwaltsbüros, Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zu gleichen Teilen Beisitzer der Gerichte sein.

Man wird zu dem Gesetzentwurf erst Stellung nehmen können, nachdem er im Vorlaufe vorliegt. Es kommt darauf an, wie weit durch die Befugnisse der Gerichte das bisher unumchränkte Recht des Unternehmers, den Zeitpunkt der Schließung und Lösung des Arbeitsvertrages und damit den Umfang der Verwendung oder Beschäftigung von Arbeitskraft einseitig zu bestimmen, im Interesse der Gesamtheit gemäÙert wird.

laffung darauf übrig, daß die Berliner Richter, bei ihrer bekannten deutschnationalen Gesinnung, gegen den Juden und Schmutzchristen Schlichter entscheiden werden. Damit würde das Kultusministerium sich an einem Richterpruch mitschuldig machen, der von jeder reaktionären Blase gegen alle Kunst nach Belieben angewandt werden kann. Ein gefährlicher Weg! Ein gefährliches Mittel! Darum muß die Diktation Enjoli, was man immer ihr sonst vorwerfen kann, gegen diese Art der Ermittlung auf energischste unterstützt werden.

Das Marionettentheater in Neudän. Die Aufführungen des Marionettentheaters des Jugendamtes in Neudän hatten bisher den größten Erfolg. Die stöbliche Heterotet der Kinder konnte zeigen, wie sehr hier das Richtige getroffen worden ist. Das Marionettentheater ist sicher ein hervorragendes Mittel zur Bekämpfung des volkreverberbenden Schmutzes in Wort und Bild. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird „Der Faust“ achtmal gespielt werden, und zwar am 28., 29., 30., 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr und 5 Uhr in der Anzeigehalle, Berliner Straße 10. Eltern und Elternbeiräte werden auf die Veranstaltungen besonders aufmerksam gemacht.

Ein Institut für praktische Psychologie haben jetzt Albert Woll und Dr. Kurt Bortolotti in Berlin eingerichtet. Diese zugleich wissenschaftliche und praktische Arbeitsstätte, die auf dem Zusammenwirken von Arzt und Psychologie beruht — Bortolotti leitet zugleich die psychologische Abteilung des Provinzialverwaltungsamtes in Berlin und ist beratender Psychologe der hiesigen Deputation für das höhere Schulwesen — wird, abgesehen von Spezialaufgaben, die sich auf die Kriminalistik, den Okkultismus und die Behandlung von Kopfschmerzkranken beziehen, besonders eine Reihe pädagogischer Arbeiten behandeln: Schullaufbahnberatung, Berufsberatung von Arbeitnehmern und Behandlung von Störungen des Gedächtnisses.

Frankzösische Kunstpropaganda in Amerika. Ein Palast für französische Künstler soll jetzt mit Unterstützung der amerikanischen Milliardärin Mrs. Spreckels in San Francisco errichtet werden. Maler und Bildhauer Frankreichs sollen dort arbeiten und ausstellen können. Wie ein Kompromis, so soll der Seemannschen „Kunstchronik“ zufolge, auch ein San-Franzisko-Preis eingeführt werden.

Tages-Notizen

Theater. Die nächste Erbauung des GroÙen Schauspielhauses mit 1000 Plätzen soll im Jahre 1921/22 beginnen. Die Baugesellschaft „Theaterbau“ hat am 2. Januar 1920 den Auftrag erhalten, die Baugrunderhebung für das neue Theaterhaus in der Nähe des Hauptbahnhofs in Berlin durchzuführen. Die Kosten betragen 10 Millionen Mark. Die Erbauung soll im Jahre 1921/22 beginnen. Die Baugesellschaft „Theaterbau“ hat am 2. Januar 1920 den Auftrag erhalten, die Baugrunderhebung für das neue Theaterhaus in der Nähe des Hauptbahnhofs in Berlin durchzuführen. Die Kosten betragen 10 Millionen Mark. Die Erbauung soll im Jahre 1921/22 beginnen.

Die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein

Wer ist wahlberechtigt?

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember, derzufolge die Hauptwahlen zum Reichstag in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig-Holstein) am 20. Februar 1921 stattfinden. Gleichzeitig erläßt der Reichsminister des Innern eine Bekanntmachung über die Wahlen zum Reichstage in den beiden Wahlkreisen. Danach ist wahlberechtigt, wer am 20. Februar 1921 in den Reichstagswahlkreisen Ostpreußen und Schleswig-Holstein wohnt. Reichsangehöriger und zwanzig Jahre alt ist, es sei denn, daß er bereits am 6. Juni 1920 an einem Ort außerhalb dieser Wahlkreise seine Stimme abgegeben hat. Wer am 6. Juni 1920 in den Wahlkreisen 1 oder 14 gewohnt und nach diesem Tage seinen Wohnort an einen Ort außerhalb dieser Wahlkreise verlegt hat, kann sich in die Wahlliste oder Wahlliste seines Wohnortes vom 6. Juni 1920 eintragen lassen. Auf Grund dieses Eintrags ist er berechtigt, an dem Wohnort vom 6. Juni 1920 seine Stimme abzugeben oder sich einen Wahlkreisein auszuweisen und auf Grund dieses Wahlscheins an einem beliebigen Ort der Wahlkreise 1 oder 14 zu wählen.

Von Sinowjews Gnaden

Auf dem Parteitag in Halle verkündete der Vertreter des Exekutivkomitees der russischen kommunistischen Internationale, Sinowjew, daß sie — die russischen Kommunisten — in der Lage wären, den deutschen Kommunisten, zu denen die linken Unabhängigen stößen würden, auch materielle Hilfe leisten zu können. Dieser Versicherung bedurfte es nicht, denn es war kein Geheimnis, daß auch vor der Logung in Halle aus dem Osten reichlich Mittel in die Taschen deutscher Kommunisten floßen. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, den Apparat für die kommunistische Propaganda im Gange zu halten.

Jetzt, nachdem die Eheschließung der Kommunisten mit einem Teil der U. S. P. stattgefunden hat, scheinen die Geldquellen noch reichlicher zu fließen als vorher. Auf dem Vereinigungsparteitag sind 10 Sekretäre und eine Anzahl Beisitzer gewählt worden. Sehen wir sichtlich die bekannten Namen durch, finden wir ca. 30 „Bonzen“, die allein in der Zentrale tätig sind. Wir nennen nur folgende Namen: Levi, Däumig, Brandler, Zetlin, Pief, Braß, Koenen, Stöcker, Kemle, Gabel, Braunthal, Federl, Walcher, Thalheimer, Hörnle, Schönlauf, Düwelle, Elshorn, G. Genz, Bartels, K. Müller, Stewert, Wegmann, Hesselbarth, Maljahn, Stuppen, Wolfstein.

Zu diesem Agitations- und Verwaltungskörper kommen noch die Wanderredner, die Bezirkssekretäre und das in der Zentrale tätige Hilfspersonal. Nicht vergessen werden darf die Münzstrahenzentrale, die schon immer etwas los hatte in der Verleschmung von Geld und in der Anstellung von Hilfskräften. Hier sitzen die Leute, die den Mund immer soweit über das Bonzenium aufreißen. Wie haben sie gewettet, die Wegmann, Maljahn, Stewert, Hesselbarth und nicht zuletzt Neumann. — Holzhaderneumann nannte man ihn in Parteikreisen — über die Partei- und Gewerkschaftsbönnen. Man wettete gegen die „Bonzen“, um selber „Bonze“ zu werden und jetzt „Oberbonze“ zu sein.

Es ist erreicht! Kurz nach dem Vereinigungsparteitag ist man daran gegangen, sich auch in der Provinz zu vereinigen. Der Bezirksparteitag von Berlin-Brandenburg leistete sich gleichfalls eine Reihe von Sekretären. Es sind angeheuert und besoldet: 2 Vorstände, von denen einer die Kassengeschäfte verwalte. Ferner je ein Sekretär: für Betriebsräte, für die Gewerkschaften, für Auskunftei, für Kommunalpolitik, für Landagitation, für Frauen, einer für die Parteileitung Berlin und einer für Brandenburg. Schließlich ein Sekretär für die Jugend, von der ihre Jugendvertreter bestimmt werden. Obwohl in der Diskussion einige Redner sich gegen die ihrer Meinung nach zu hohe Zahl der Sekretärstellen wendeten, wurden doch die beantragten Stellen bewilligt.

Im Bezirk Halle war man bescheidener. Dort wurden für die Bezirksleitung „nur“ sechs besoldete Stellen geschaffen (als Sekretäre für die Frauen wurde Minna Reichert-Berlin gewählt), dagegen wurden neun besoldete Unterbezirksführer für einzelne Bezirke besonders gewählt. In diesem Bezirk ist man bemüht, die Kosten für die Verwaltung selbst auszubringen. Der Kassierer rükt sich allerdings darauf, daß der Mitgliederbestand nicht bleibe. Er rechnet für Gehälter eine Ausgabe von 255.000 M. heraus, dazu für Hilfskräfte 24.000 M., und für das Bureau 16.000 M., für sonstiges 50.000 M., zusammen 345.000 M. Die Kosten für Kohlen können aus den Beiträgen nicht bestritten werden. Es wird sich zeigen, daß auch diese Rechnung falsch ist, und daß die Dinge auch im Halleischen Bezirk einen anderen Gang nehmen werden.

Aber es bleibt immer noch die Hilfe Sinowjews, die schon eintraten wird, um die verabschiedeten Proherzeugnisse zu fügen und die sonstigen Propagandakosten zu befriedigen.

Die Entwicklung der Dinge in Deutschland zeigt heute schon, daß die Schwächung der sozialistischen Bewegung durch die Moskauer Diktatoren nur der Reaktion nützt. Immer dreister erhebt sie ihr Haupt, trotz aller täglich wechselnden Parolen der Zentrals der K. P. D. und ihrer russischen Inspiratoren.

Entdeckung eines Kohlenlagers. Auf Ländereien der Gdingen Zentrale in Mähren, welche vor kurzem durch die Zinnostiska Bank erworben worden ist, wurde in Neudorf bei Brönnitz ein wertvolles Kohlenlager entdeckt. Nach der Zusammenkunft der Schichten kann man annehmen, daß das Lager einen sehr ergiebigen Ertrag liefern wird.

Die Wrangel-Flotte. Die Flotte des Generals Wrangel, bestehend aus zwei Kreuzern und über 20 Torpedobootzerstörer und Unterseebooten, ist mit 6000 Mann und 200000 Schuss an Bord im Hafen von Bizerta eingelaufen, wo sie vorläufig bleiben und die weiteren Ereignisse abwarten wird. Wrangel selbst bleibt mit dem Kern seiner Truppen in den Dardanellen. Jedoch wird sich seine Familie dieser Tage nach Toulon einschiffen, um sich in Frankreich niederzulassen.

Roms entvölkert. Messaggero meldet, daß die 50.000 Einwohner der Stadt Fiume der unhaltbaren Zustände müde sind. Viele Einwohner haben schon die Stadt verlassen, um der Hungersnot zu entgehen.

Aus der Partei

In die eigene Tasche gelogen

Vor kurzem berichtete die rechtssozialistische Presse, im Franzfurter Bezirk seien 17 Orisgruppen der U. S. P. mit S. P. D. übergetreten. Diese Nachricht beruhte auf Schwindel, was schon daraus hervorgeht, daß im eigenen Bezirk der U. S. P. nur von dem Uebertritt einer Ortsgruppe berichtet wird. Welchen Charakter diese eine Orisgruppe aber war, mag man daraus ersehen, daß die Leute, als die Spaltung vollzogen war, zunächst sich mit dem Gedanken trugen, zu den Kommunisten überzutreten und schließlich es aber doch vorzogen, bei den Reichssozialisten zu landen.

die auch die Salome mit ihren bekannten Gemächelten und Aufbringlichkeiten spielte, daß es den Belebungslingen von Lohd nur lo über den Rücken geäußen wäre. Ihre Art hat sich in Berlin schon abgelebt. Auch deutsch hat sie noch nicht gelernt. Dem Henker des Johannes rief sie zweimal „Chau tau“ nach. Er konnte sicher nicht verstehen, daß das „Hau zu“ heißen sollte. Als sie aber zum Tanz in Schwimmhofen und mit einem kleinen Bruchbehang auftrat, entschädigte ihre Schönheit für ihre unheimliche Schauspielerei der Schmach.

Caesar und Cleopatra wird im Deutschen Theater nicht in einem leicht moffierenden, ironischen Schau-Stil gespielt, aber in einem sehr geschmacklos, als schmutzige Offenbachade. Ludwig und nur selten geschmacklos, als schmutzige Offenbachade. Werner Krauß rief als Caesar die ganze Aufführung in die Höhe. Während die kleinen Rollen nur von Tini Senders, Peter Enjoldi, Diegelmann und Giffart gespielt wurden und die Ederberg aus der Cleopatra eine ungelogene und uninteressante Soubrette machte, fesselte Krauß mit jedem seiner Worte. Sein Aussehen und seine Stimme machten die Rolle immer interessant. Seine Kunst verstand Caesars Größe und Caesars Schwächen unvermischt nebeneinander zu stellen und doch als Teile eines interessanten Charakters, die sich nicht widersprechen. Ihm verbannt die Aufführung ihren literarischen Wert, so daß auch das Geisige in ihr zu seinem Rechte kommt.

Zum Verbot des „Reigen“

Die Empörung der gesamten Oeffentlichkeit über die Absicht des Kultusministeriums, Gertraud Enjoldi einsperren zu lassen, hat dahin geführt, daß das Ministerium von seinem „Recht“, einzusperren, bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Es wird nunmehr im Wege des Zivilprozesses das Vertragsverhältnis zwischen der Musikhochschule und der Direktion Stadel-Enjoldi zu lösen suchen.

Das Ministerium und die Musikhochschule verfolgen also energisch das Ziel, das Theater aus dem Gebäude der Musikhochschule heraus zu werfen. Die Musikhochschule braucht für ihre künstlerischen und pädagogischen Aufgaben den Theateraal, der jetzt Frau Enjoldi gehört. Wir können verstehen, daß die Musikhochschule die Einquartierung nicht findet und auf Mittel und Wege sucht, den Theateraal freizubekommen. Wir können sogar annehmen, daß für die Kunst dabei mehr herauskommen wird.

Die Mittel aber, mit denen das Ministerium arbeitet, sind gerade für ein Kultusministerium völlig unanwendbar. Wir sind beglückt, welche Sachverständige im Zivilprozeß Schlichter wertvolle Dichtung unstilllich nennen werden. Der Parteilers werden dann jedenfalls die besten Männer Deutschlands Enjoldi werden dann jedenfalls die besten Männer Deutschlands als Sachverständige für die „Einsicht“ des Werkes zur Verfügung stehen. Der Musikhochschule bleibt dann nur die Speku-

